Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	**Mittwoch, den 27.09.2023**
Beginn:	**19:00 Uhr**
Ende	**21:20 Uhr**
Ort, Raum:	**Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach, Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad**

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Björn Kornmüller

FDP / Liberale Liste Karlsbad
Herr Oliver Bossert

Freie Wähler
Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann
Herr Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher
Frau Heidi Ochs
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Ortsvorsteher Michael Wenz

CDU
Herr Günter Denninger
Herr Jürgen Dummler
Herr Steffen Langendörfer
Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Günter Sing

SPD
Herr Manuel Haas
Herr Reinhard Haas
Herr Michael Nowotny

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Heike Günther
Herr Thomas Guthmann
Herr Andreas Hartmann
Frau Sabine Kronenwett
Frau Simone Rausch
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

Gemeinderat ohne Fraktion
Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner

Protokollführer
Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung
Herr Benedikt Kleiner
Herr Thomas Anderer
Frau Petra Goldschmidt
Herr Ronald Knackfuß

Sachverständige
Herr Ragnar Watteroth
Herr Holger Fuhr Kdt. FFW Karlsbad
Herr Architekt Andreas Adler
Herr Architekt Michael Gottlieb
Herr Benjamin Staudt, Deutsche Glasfaser

Abwesend:

Verwaltung
Sarah Esaias – e –

Freie Wähler
Herr Alexander Bodemer – e -

CDU
Herr Peter Kiesinger – e -

SPD
Frau Cornelia Nürnberg – e -
Herr Jens Walch – e -

Tagesordnung:

1 **Bekanntgaben**

2 **Fragen der Gemeinderäte**

3 **Beratung und Beschlussfassung über die Ausschreibung zur Beschaffung eines Mittleren Löschfahrzeuges für die Feuerwehr Karlsbad (Abt. Spielberg)**
Vorlage: 10/1520/2023

4 **Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss des Kooperationsvertrages mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH, Borken, zum weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Karlsbad**
Vorlage: 60/1537/2023

5 **Beratung und Beschlussfassung über die Sanierung des Gebäudes Spielberger Straße 23 (ehemals Brunnenstube/Minigolf)**
Vorlage: 60/1525/2023

6 **Beratung und Beschlussempfehlung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Am Talberg 18 - AWO" in Karlsbad-Spielberg**
a) Abschluss des Durchführungsvertrages
b) Abwägung über die Stellungnahmen
c) Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/1530/2023

7 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Am Talberg 18**
Bauantrag: Neubau einer stationären Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung
Grundstück: Am Talberg 18, Spielberg, Flst.Nr. 5644
Vorlage: 60/1535/2023

8 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Hertzstraße 5**
Bauantrag mit Ausnahme: Umbau und Erweiterung eines Möbelhauses in ein Gewerbe- und Dienstleistungszentrum
Grundstück: Hertzstraße 5, Langensteinbach, Flst.Nr. 8504-8507
Vorlage: 60/1526/2023

9 **Beratung und Beschlussfassung zur beschränkten Ausschreibung für den Umbau der beiden noch vorhandenen Messstellen alter Technik und Beschaffung eines weiteren Messeinschubes für die stationären Messanlagen**
Vorlage: 10/1534/2023

10 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe Ausstattung Sanierung der Werkräume mit Maschinenraum und Lager (UG Gymnasium/ Realschule und GMS)**
Vorlage: 10/1536/2023

11 **Beratung und Beschlussfassung über die Neufestlegung des Verkaufspreises der gemeindeeigenen Grundstücke im Gewerbegebiet Reutäcker**
Vorlage: 20/1532/2023

12 **Information über Beauftragung Analyse Bedarf an Hallen und Räumen in Karlsbad (Sporthallenbedarfsplanung)**
Vorlage: 10/1519/2023

13 **Genehmigung von Protokollen**

14 **Verschiedenes**

15 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 19.09.2023 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 26 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 21.09.2023 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Karcher Joachim, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) fragt nach dem Sachstand Abbruchhaus in der Hauptstraße in Langensteinbach. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner sagt, dass der Eigentümer zwei Mal angeschrieben worden sei. Er habe erklärt, dieses Jahr nicht mehr anfangen zu wollen. Die Verwaltung bleibe an dem Thema dran.

GRin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) erkundigt sich nach dem Sachstand Sanierung Alte Ittersbacher Straße. Der Vorsitzende sagt, dass es eine kurz- und eine langfristige Lösung gebe. Thomas Anderer – stellvertretender Garten- und Umweltamtsleiter – sagt, dass man die Strecke anschauen und prüfen werde. Eventuell könnte mit Kaltasphalt / Splitt gearbeitet werden.

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass die Parksituation an der Karlsruher Straße von Etzenrot her kommend unfallträchtig sei. Ursächlich seien die an der rechten Straßenseite geparkten Fahrzeuge. Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner sagt, dass man fortlaufend mit dem Landratsamt an der Sache sei. Das Halteverbot sei verlängert worden.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über die Ausschreibung zur Beschaffung eines Mittleren Löschfahrzeuges für die Feuerwehr Karlsbad (Abt. Spielberg)
Vorlage: 10/1520/2023

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Nach der Feuerwehrkonzeption der Feuerwehr Karlsbad ist vorgesehen, das 28 Jahre alte Tragkraftspritzenfahrzeug-Wasser (TSF-W) zu ersetzen.
Das Fahrzeug schließt eine Lücke zwischen zwei vorhandenen Fahrzeugtypen. Es ist ein Mittleres Löschfahrzeug (MLF) bis 9 Tonnen. Es hat einen größeren Wassertank mit fest eingebauter Pumpe. Es kann mit einfachen technischen Hilfsleistungen beim Bekämpfen von Bränden eingesetzt werden. 6 Personen können damit befördert werden.
Der beantragte Zuschuss wurde in Höhe von 68.000 Euro bewilligt. Dieser wird 2027 ausgezahlt. Insgesamt wird das Fahrzeug geschätzt 330.000 Euro zuzüglich Beladung kosten.
Im Haushalt 2024 stehen 335.000 Euro bereit. Voraussichtlich kann der Auftrag 2024 erteilt werden. Bis das Fahrzeug produziert ist, müssten weitere 2 Jahre geplant werden.
Das Ausschreibeverfahren läuft europaweit. Hier nutze die Gemeinde wieder den entsprechenden Service des Gemeindetages. Dieser koste 9.165 Euro.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Ausschreibung des Mittleren Löschfahrzeuges für die Feuerwehr Karlsbad, Abt. Spielberg beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss des Kooperationsvertrages mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH, Borken, zum weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Karlsbad
Vorlage: 60/1537/2023

Der Vorsitzende führt in das Thema ein. Dann hält Ragnar Watteroth, Dezernent vom Landratsamt und Geschäftsführer von Breitband Landkreis Karlsruhe GmbH (BLK) einen Sachvortrag. Es sei sinnvoll, das Glasfasernetz in Karlsbad in einem Guss komplett auszubauen. Karlsbad habe bisher die Fördermöglichkeiten konsequent genutzt. Das Thema laufe für die Kommune richtig gut. Für alle fünf Ortsteile liegen Förderbescheide von insgesamt rund 17,2 Millionen Euro vor. Dadurch könnten 90 Prozent der förderbaren Kosten abgedeckt werden. Höhere Sätze als die derzeitigen Fördersätze seien nicht zu erwarten. Mit dem vorgeschlagenen Weg sei es möglich, Karlsbad innerhalb von 10 Jahren flächendeckend mit Glasfaser auszubauen. Nach wie vor werde angestrebt, vorhandene Infrastruktur nicht zu überbauen.
Im Mai sei die BLK GmbH vom Gemeinderat beauftragt worden, die „Graue Flecken-Gebiete“ in der Gemeinde Karlsbad (Ortsteile Mutschelbach, Auerbach, Spielberg) auszuschreiben. Aufgrund der geänderten Förderrichtlinien und Fördersituation gebe es nicht förderfähige Bereiche. Dazu zählen Teile von Ittersbach und Langensteinbach. Diese sollen ergänzend eigenwirtschaftlich von der Deutschen Glasfaser GmbH ausgebaut werden. Die Gesellschaft kooperiere bereits mit der BLK. Damit könne einheitlich ausgebaut und vorhandene Infrastruktur genutzt werden.

Benjamin Staudt, Manager für kommunale Kooperationen bei der Deutschen Glasfaser, stellt vor, wie es weitergeht. Die Gesellschaft habe 6 Millionen aktive Glasfaseranschlüsse und arbeite eng mit Inexio zusammen. Die geplanten Schritte seien wie folgt: Analyse des Gebietes: Dabei gehe es u.a. darum, was bereits an Infrastruktur vorhanden ist und was zu welchen Kosten ausgebaut werden könne. Dann erfolgten Gespräche mit möglichen Kunden. Die Nachfrage soll so gebündelt werden, dass mindestens 33 Prozent sich vertraglich binden. Dann könne dieser Bereich ausgebaut werden. Der Hausanschluss ist bei Abschluss eines Vertrages mit der Deutschen Glasfaser gratis. Nach 24 Monaten könne der Anbieter gewechselt werden. Wer keinen Vertrag abschließt, bei dem werden auf jeden Fall Leerrohre bis zur Grundstücksgrenze gelegt. Damit könnten diese Haushalte auch zukünftig angeschlossen werden. Der spätere Anschluss wird dann zu den tatsächlich entstehenden Kosten berechnet. Für die Gemeinde gebe es bei dem Ausbauverfahren über die Deutsche Glasfaser keine Nutzungsentgelte. Diese fließen nur beim geförderten BLK-Netz.

GR Roland Rädle (CDU) spricht von einer guten Zeitschiene bei dem Thema. Die Gebühren ab dem 12. Monat sollten klar kommuniziert werden. GR Reinhard Haas (SPD) zeigt sich erfreut über die aktuelle Entwicklung. Bedenklich sei allerdings teilweise der Service von inexio. Hier seien einige Kunden unzufrieden. Straut und Watteroth versprechen einen künftig besseren Service. In der fusionierten Gesellschaft steigen die Mitarbeiterzahlen im Service. Bei Problemen sollten sich die Kunden und Kundinnen direkt bei ihnen melden. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) bewertet die Vorgehensweise positiv. Auf seine Frage nach dem Umgang mit kontaminierten Böden antwortet Straut, dass solche Fälle selten vorkommen. Die Böden gehörten in der Regel der Kommune. Dies sei bei der Kostenfrage relevant. Verschiedene Einzelfragen werden von Straut beantwortet.

Antrag an den Gemeinderat:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, den Kooperationsvertrag mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH, Borken, zum weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Karlsbad abzuschließen.

mehrheitlich beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Sanierung des Gebäudes Spielberger Straße 23 (ehemals Brunnenstube/Minigolf)
Vorlage: 60/1525/2023

Der Vorsitzende hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Die Gemeinde beschäftige sich schon Jahre mit dem Thema. Es sei klar, dass der Gastronomiebereich ausgebaut werden müsse, um wirtschaftlich tragfähig zu sein. Dies hätten auch die jüngsten Gespräche mit interessierten Pachtkandidaten ergeben. Der Gastronomiebereich sei wichtig für die Lebensqualität in Karlsbad. Weiter sei das Gebäude allgemein sanierungsbedürftig. Der Gemeinderat habe sich bereits grundsätzlich dafür ausgesprochen, das Gebäude zu sanieren.
Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt ergänzt, dass die Gemeinde erfreulicherweise für die Sanierungskosten die Vorsteuer abziehen könne. Dafür sei die Pacht umsatzsteuerpflichtig.

Andreas Adler vom seit Jahresanfang beauftragten Architekturbüro Adler+ Retzbach erläutert mit Michael Gottlieb die Pläne.

Der Gastronomiebereich müsse erweitert werden. Durch den Anbau eines Wintergartens könnten beispielsweise Flächen gewonnen werden. Der Bau- Planungs- und Umweltausschuss habe das Objekt bereits besichtigt. Dabei wurde deutlich, dass die vorhandene Küchenausstattung und -organisation sowie fehlende gekühlte Lagerflächen einen sinnvollen gastronomischen Betrieb nicht ermöglichen. Die Sitzplatzzahl müsse auf ca. 80 Sitzplätze zu erweitert werden. Ebenso unabdingbar sei, Kühlzellen und weiteren Kühlmöglichkeiten für die Gastronomie einzubauen.

Hinzu kommen bei dem Anfang der 1990er Jahre errichteten Gebäude gravierende bauliche Mängel. Aktuell müsse davon ausgegangen werden, dass der Technikbereich (Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro) komplett zu erneuern ist. Bei der neuen Heizung sei es sinnvoll, eine Wärmepumpe einzusetzen. Gesetzlich muss die Heizung zu mindestens 65 Prozent mit nichtfossilen Energieträgern betrieben werden. Untersucht wird, ob eine Photovoltaikanlage ergänzend eingeplant werden kann.

Die veraltete Elektroinstallation muss umfassend ersetzt werden. Im Untergeschoss müssen zusätzliche Kühl- und gekühlte Lagerflächen erstellt werden. Dadurch muss das UG komplett neu organisiert werden. Die WC-Anlagen sind den aktuellen Standards anzupassen, sollen aber nicht erneuert werden. Ein Behinderten-WC mit Wickeltisch für Kleinstkinder wird ebenso eingeplant. Energetisch müsse das Gebäude komplett gedämmt werden. Gerechnet wird mit einem Nettokostensatz von ca. 655.000 Euro.

Konzeptionell ist im Außenbereich u.a. eine neue Sonnenterrasse geplant. Dadurch wird die schlechter besonnte Nordterrasse ausgeglichen. Es entstehen zusätzlich 20-25 Sitzplätze. Der gastronomische Bereich wird offen gestaltet. Dies ermöglicht, auch andere Pächterkonzepte umzusetzen. Auch der Anbau eines Wintergartens ist vorgesehen.
Wenn der Gemeinderat den Planüberlegungen zustimmt können die nächsten Schritte für einen Bauantrag gegangen werden. Die Planungen werden weiter detailliert und im Anschluss können die Arbeiten ausgeschrieben werden. Die Bauphase werde voraussichtlich mindestens 7-9 Monate dauern.

Eine der größten Veränderungen soll die Erweiterung der Sitzplatzfläche sein. Dafür sei der Anbau eines Wintergartens für ungefähr 60.000 Euro und eine Sonnenterrasse für rund 35.000 Euro geplant. Kunden und Besucher der Gaststätte sollen sich wohlfühlen und zwischen verschiedenen Aufenthaltsbereichen wie Gastraum, Wintergarten oder Sonnenterrasse wählen können, so Adler weiter. Auch der Küchenbereich müsse neu organisiert werden, um einen sinnvollen gastronomischen Betrieb zu gewährleisten. Das werde mit ungefähr 80.000 Euro zu Buche schlagen.

Im Gemeinderat wird angeregt, die Beleuchtungssituation auf dem Parkplatz sowie Tankmöglichkeiten für E-Bikes zu berücksichtigen. Zukünftig könnte, so GR Thomas Guthmann (Bündnis 90/Grüne) auch ein Wohnmobilstandort realisiert werden. Die Anregung werde aufgenommen, so Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner. Allerdings sei eine Infrastruktur hierfür notwendig, reine Abstellflächen reichen oft nicht. GRin Heike Christmann (Freie Wähler) will wissen, was passiert, wenn kein Pächter gefunden wird und wie die Kostenplanung für den Außenbereich aussieht. Der Vorsitzende sagt, dass es ein Restrisiko in Sachen Pächtersuche gibt. Dann könne das Gebäude umgenutzt werden. Jedoch spreche die Verwaltung mit drei sehr konkreten Interessenten. Mit den restlichen, nicht baumäßig verbrauchten Mitteln vom Haushaltsansatz wird die Außenanlage geplant.

Positiv bewerten die GR Roland Rädle (CDU) und Reinhard Haas (SPD) sowie Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) das Konzept.

Antrag an den Gemeinderat:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, der geplanten Sanierung des Gebäudes Spielberger Straße 23 (Minigolfgaststätte) zur gastronomischen Nutzung gemäß vorgestellter Planungsvariante zuzustimmen.
Die fehlenden Haushaltsmittel können aus nichtverwendeten Mitteln der Haushaltsstelle IBA1-30024 Neuaufbau Minigolfanlage verwendet werden.

mehrheitlich beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

zu 6 Beratung und Beschlussempfehlung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften "Am Talberg 18 - AWO" in Karlsbad-Spielberg
a) Abschluss des Durchführungsvertrages
b) Abwägung über die Stellungnahmen
c) Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/1530/2023

GR Reinhard Haas (SPD) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum.
Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage.
Das AWO-Haus in Spielberg ist eine stationäre Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung. Diese Einrichtung entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen der Heimbauverordnung. Daher möchte die AWO als Erbbauberechtigte auf dem Gemeindegrundstück ein Bauvorhaben umsetzen.
Der Gemeinderat hat einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan hierfür aufgestellt. Die AWO hat sich vertraglich verpflichtet, alle im Zusammenhang mit dem Verfahren entstehenden Kosten zu tragen.
Der Nachbarschaftsverband befasst sich voraussichtlich im November abschließend mit dem anzupassenden Flächennutzungsplan. Nach einer längeren Planungsphase befasste sich der Bau- Plaungs- und Umweltausschuss im Oktober 2022 mit dem Vorentwurf des Bebauungsplanes. Der Gemeinderat gab anschließend grünes Licht für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit. Jetzt stehe der Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP), so Guthmann.

Damit der VEP durchgeführt werden kann müsse jetzt noch ein Durchführungsvertrag zwischen Gemeinde und Vorhabenträger abgeschlossen werden. Dabei gehe es u.a. um notwendige Arbeiten, Kosten und Fristen. Mit der Forstverwaltung seien Fragen der Waldrandbewirtschaftung geklärt worden. Über die Stellungnahmen im Verfahren sei beraten worden. Es liegen Abwägungsvorschläge vor. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan könne jetzt als Satzung beschlossen werden. Veröffentlicht werden solle die Satzung nach der Rechtskraft des geänderten Flächennutzungsplanes. Der Bau- Planungs- und Umweltausschuss empfehle dem Gemeinderat, die drei Punkte zu beschließen.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle:
a) den Abschluss des Durchführungsvertrags beschließen.
b) sich den Abwägungsvorschlag (Anhang: „Am Talberg 18-Synopse1“ und „Am Talberg 18-Synopse2) zu eigen machen und diesen beschließen.

den vorhabenbezogenen Bebauungsplan und die örtl. Bauvorschriften „Am Talberg 18 – AWO“ als Satzung beschließen

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Am Talberg 18
Bauantrag: Neubau einer stationären Wohneinrichtung für Menschen mit Behinderung
Grundstück: Am Talberg 18, Spielberg, Flst.Nr. 5644
Vorlage: 60/1535/2023

Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Das Bauvorhaben sei eng mit der Gemeinde / Bauverwaltung abgestimmt worden. Es gibt keine Rückfragen hierzu.

Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinvernehmen zu dem geplanten Bauvorhaben nach § 36 i.V.m. § 33 BauGB erteilen.

einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Hertzstraße 5
Bauantrag mit Ausnahme: Umbau und Erweiterung eines Möbelhauses in ein Gewerbe- und Dienstleistungszentrum
Grundstück: Hertzstraße 5, Langensteinbach, Flst.Nr. 8504-8507
Vorlage: 60/1526/2023

GR Reinhard Haas (SPD) nimmt wieder im Sitzungskreis Platz. GR Günter Denninger (CDU) erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungskreis.
Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Schießhüttenäcker I. Geplant ist das bestehende Möbelhaus einer Kernsanierung zu unterziehen und Teilbereiche durch Versetzung von Wänden, Fenstern, Treppen und Türen umzubauen. Der bestehende Zwischenbau zum Getränkehandel wird abgerissen, der Haupteingang mit Parkplätzen soll in den hinteren Grundstücksbereich verlagert werden.
Der Gebäudekubus wird an zwei Stellen baulich leicht erweitert, ansonsten bleibt die bisherige Kubatur weitestgehend bestehen.
Künftig sollen im EG eine Apotheke und Möbelladen untergebracht sein, im 1. OG eine Hausarztpraxis, eine Außenstelle der Ludwig-Guttmann-Schule und Büroräume, im 2. OG ebenfalls Büroräume und eine Betriebswohnung.
Drogerie- und Apothekenwaren seien – so Guthmann – im Bebauungsplan nicht zulässig. Allerdings gebe es eine Ausnahmeregelung für kleinere Läden mit einer Verkaufsfläche unter 80 Quadratmetern. Der Bau- Planungs- und Umweltausschuss empfehle mehrheitlich dem Gemeinderat, eine Ausnahme zuzulassen.
Eine Apotheke dort zu eröffnen sei möglich, so der Vorsitzende auf eine Nachfrage von GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne). GR Norbert Ried (CDU) spricht sich dagegen aus, dass sich eine Apotheke ansiedelt. Die bestehenden Apotheken im Ort hätten schon Probleme.

Antrag an den Gemeinderat:
Der Gemeinderat wolle einer Ausnahme/Befreiung von Ziff. 1.4 des Bebauungsplanes – entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt vom 13.09.23 – zustimmen.
einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 9 Beratung und Beschlussfassung zur beschränkten Ausschreibung für den Umbau der beiden noch vorhandenen Messstellen alter Technik und Beschaffung eines weiteren Messeinschubes für die stationären Messanlagen
Vorlage: 10/1534/2023

GR Günter Denninger (CDU) nimmt wieder im Sitzungskreis Platz.
Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Er erläutert u.a., dass jetzt noch die beiden letzten Geschwindigkeitsmessstellen mit alter Technik umgerüstet werden sollen. Außerdem soll ein weiterer Messeinschub beschafft werden.
Zum Umbau stehen die Messstellen in der Waldenserstraße (Ortsausfahrt Mutschelbach Richtung Kleinsteinbach) und in der Weilermer Straße (Ortsausfahrt Ittersbach Richtung Langensteinbach) an. Die Eichbehörde nehme die alte Technik nicht mehr ab. Daher könnten sie nicht mehr weiter betrieben werden. Nach dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates sollen sie umgebaut werden. Die beiden Messstellen (Säulen) sollen an den bisherigen Stellen aufgestellt werden. Gerechnet wird mit Kosten zwischen 150.000 und 160.000 Euro.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Mitglieder des Gemeinderates werden gebeten, die beschränkte Ausschreibung für den Umbau der beiden noch vorhandenen Messstellen alter Technik und Beschaffung eines weiteren Messeinschubes für die stationären Messanlagen zu beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 10 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe Ausstattung Sanierung der Werkräume mit Maschinenraum und Lager (UG Gymnasium/ Realschule und GMS)
Vorlage: 10/1536/2023

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Er erläutert u.a., dass die Verwaltung die Ausschreibung zusammen mit dem Fachplaner (AHA-Laborplanung) und den Schulen überarbeitet habe. Im Juli sei die erste Ausschreibung vom Gemeinderat aufgehoben worden. Jetzt wurden u.a. Positionen herausgenommen und vorhandene Gerätschaften sollen umgebaut und weiter genutzt werden.
Nach der erneuten beschränkten Ausschreibung habe die Gemeinde zwei Angebote und eine Absage erhalten. Nach Wertung und Prüfung der Angebote hat die Fa. Justus Industriehandel, Frittlingen mit einer Bruttoangebotssumme von 248 372,04 € das wirtschaftlichste Angebot abgegeben.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge den Auftrag Ausstattung Sanierung der Werkräume mit Maschinenraum und Lager an die Fa Justus, Frittlingen zum Preis von 248 372,04 € brutto vergeben.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 11 Beratung und Beschlussfassung über die Neufestlegung des Verkaufspreises der gemeindeeigenen Grundstücke im Gewerbegebiet Reutäcker
Vorlage: 20/1532/2023

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält Sachvortrag anhand der Vorlage.
Im Zug der allgemeinen Entwicklung der Grundstückspreise wurde der Bodenrichtwert für das Gewerbegebiet Ittersbach vom Gutachterausschuss für den südlichen Landkreis Karlsruhe zum Jahresanfang auf 120 €/m² Grundstücksfläche festgestellt. Es gehe u.a. darum, die Preise nach 10 Jahre Stabilität anzupassen. Mit dem bisherigen Verkaufspreis befinde sich Karlsbad am unteren Ende der Vergleichsskala umliegender Gemeinden. Mit dem neuen Bodenrichtwert als Verkaufspreis liege die Kommune danach im Mittelfeld. Außerdem sollen 480 €/m² Aufpreis fällig werden, wenn Wohnfläche entsteht.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt, zukünftig zu veräußernde Grundstücke im Gewerbegebiet Reutäcker zum Preis von 120 €/m² Grundstücksfläche zu verkaufen. Bei der Realisierung baurechtlich zulässiger Wohnbebauung haben die Erwerber einen Aufpreis in Höhe von 480 €/m² Wohnfläche zu entrichten.

einstimmig beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 12 Information über Beauftragung Analyse Bedarf an Hallen und Räumen in Karlsbad (Sporthallenbedarfsplanung)
Vorlage: 10/1519/2023

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag anhand der Vorlage.
Bei der Schelmenbusch- und der Jahnhalle gebe es Sanierungsbedarf. In Mutschelbach bestehe der Wunsch nach einer neuen gemeindeeigenen Sporthalle. Außerdem wünschten Nutzer und Vereine allgemein mehr Flächen. Der Gemeinderat brauche darüber hinaus Zahlen für die Haushaltsberatungen.
Die Verwaltung habe daher den Auftrag erhalten, den Bedarf und die Kapazitäten in Karlsbad generell zu prüfen. Unterstützt werde sie dabei durch das Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung, Stuttgart.

Das Projekt gliedert sich in mehrere Abschnitte:

Bestandsaufnahme:

In einer ersten Phase werden verschiedene Grunddaten erhoben, die für die spätere Bearbeitung des Projektes eine Grundlage liefern. Dabei gehe es u.a. um das derzeitige Angebot, Belegungspläne, Sportflächen, Schülerzahlen und eine Bevölkerungsprognose. Diese Daten liegen dem Institut bereits vor und werden bis Ende September aufbereitet.

Bedarfsermittlung und Bedarfsberechnung:

Bei der Bedarfsermittlung wird der Flächenbedarf an Hallen und Räumen rechnerisch abgeschätzt. Diese wird mit dem aktuellen Bestand verglichen. Bilanziert wird der Hallenbedarf für ganz Karlsbad und auch nach Ortsteilen und/oder Standorten. Hier laufe der Prozess ebenfalls schon.

Workshops zu den Hallen und Räumen:

Mit den Ergebnissen des rechnerischen Bedarfs soll sich eine zu gründende Planungsgruppe beschäftigen. Diese soll den Bedarf in zwei bis drei Workshops anhand der Ergebnisse diskutieren. Dann sollen konkrete Empfehlungen für die Politik erarbeitet werden. U.a. geht es dabei um das Ertüchtigen oder Erweitern von Hallen bzw. Neubauten. In den Abschlussbericht kommt auch eine Stellungnahme des beauftragten Instituts.

Antrag an den Gemeinderat /Ausschuss:

Der Gemeinderat möge den Stand und die Projektplanung zur Kenntnis nehmen

zur Kenntnis genommen

zu 13 Genehmigung von Protokollen

Das genehmigen vom Gemeinderatsprotokoll vom 26.7. wird vertagt. GR Joachim Karcher (Freie Wähler) bittet um die Kostenschätzung für die Außenanlage Kita St. Franziskus. Die Verwaltung sagt, dass diese krankheitshalber noch nicht erfolgen konnte und nachgeliefert wird.

zu 14 Verschiedenes

Joachim Guthmann informiert über einen Förderbescheid von 710.000 Euro für das Gebäude Pension am Rathaus. Beim Sanierungsprogramm Städtebauförderung Langensteinbach gebe es eine rege Nachfrage nach Gesprächen. Es wird nochmals eingeladen.
Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner informiert, dass nach Anfrage aus dem Gremiumg auch die Firma Skytron eine Richtfunkstrecke für die neue zentrale Schul-EDV-Infrastruktur wirtschaftlich errichten könne. Sie wird diese dann auch umsetzen.

zu 15 Fragen der Zuhörer

Ein Zuhörer erkundigt sich, wann die Jahn- und Schelmenbuschhalle saniert wird. Der Vorsitzende erläutert, dass die Verwaltung zunächst Fakten brauche und dann konkret entscheiden werde.
Herr Würth weist auf eine gefährliche Stelle auf dem Gehweg Doppelkreisel Richtung Altes Rathaus hin. Der Vorsitzende sagt, dass diese geprüft wird.

gez. Björn Kornmüller Vorsitzender	gez. Hans-Dieter Stößer Protokollführer/in
Gemeinderat Jürgen Herrmann Urkundsperson	Gemeinderat Reinhard Haas Urkundsperson
Gemeinderat Roland Rädle Urkundsperson	Gemeinderat Uwe Rohrer Urkundsperson